

schenbild des Neoliberalismus eine authentisch progressive Vision eines selbstbestimmten Bürgers gegenüber stellt – als Staatsbürger, als »Bürger am Arbeitsplatz«, als Privatperson in seinem privaten und öffentlichen Lebensumfeld und auch als Konsument.

Fazit? Eine programmatische Rundumerneuerung der europäischen Linken ist unvermeidlich geworden. Die Wähler sind immer weniger willens, ihr aktuelles

Politikangebot zu akzeptieren. Sie sind des Basta-Stils des Sozialtechnokratismus und seiner verteilungspolitischen Erfolglosigkeit genauso überdrüssig, wie der Sozialromantik einer traditionellen Linken, die Politik für Gesellschaften machen will, die es schon lange nicht mehr gibt. Darüber, was langfristig passiert, wenn diese Erneuerung nicht erfolgt, sollte man sich keine Illusionen machen: Auch politische Bewegungen sind sterblich.

Alfred Pfaller

Sozialökonomie einer neuen sozialdemokratischen Ära

Die Sozialdemokratie hat nicht nur die Wahl zwischen einer »linken« Politik, die für steuerfinanzierten sozialen Ausgleich, umfassende Arbeitnehmerrechte und Staatsinterventionen steht, und einer »Reformpolitik«, die alte Rigiditäten abbaut, mehr Markt zulässt und mehr »Eigenverantwortung« einfordert. Wie aber sieht eine solche neue sozialdemokratische Politik aus?

Alfred Pfaller

(* 1942), ist Soziologe und Volkswirt, war verantwortlicher Redakteur von *Internationale Politik und Gesellschaft*, danach Vertreter der FES in Rumänien und der Moldau-Republik und arbeitet jetzt freiberuflich als gesellschaftspolitischer Berater.

alfred.aue@web.de



Dass sozialdemokratische Parteien fast durchgängig im wirtschaftlich hoch entwickelten Europa an Boden verlieren, lässt sich nicht allein durch schlecht geführte Wahlkämpfe, interne Querelen und andere jeweils besondere Umstände erklären. Es steht länderübergreifend mehr dahinter.

Verlust der Unterschichtenwähler

Der Neoliberalismus, der der westlichen Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik fast

drei Jahrzehnte als normativer Kompass diente, hat seine Überzeugungskraft verloren. Trotzdem findet die Sozialdemokratie so wenig Anklang bei den europäischen Wählern wie noch nie seit dem Zweiten Weltkrieg. Währenddessen sind Mitte-Rechts-Parteien dabei, sich zu »sozialdemokratisieren«. Sie gewinnen in fast ganz Europa die Wahlen. Gleichzeitig aber nimmt die Unzufriedenheit mit der »Politik der Mitte« (rechter und linker Färbung) insgesamt zu. Rechte Populisten, aber auch Parteien links von der Sozialdemokratie, verzeichnen Zulauf.

Vor allem Unterschichtenwähler haben der Sozialdemokratie den Rücken gekehrt. Sie sehen sie nicht mehr als die Kraft an, die ihre Interessen in der politischen Arena vertritt. Dieser Verlust wird nicht durch vermehrten Zuspruch aus der gesellschaftlichen Mitte ausgeglichen. In erster Linie sind es treue Stammwähler, die den Sozialdemokraten heute noch ihre Stimme geben.

Das Ende des sozialdemokratischen Fortschritts

Grundlegende Veränderungen in der Funktionsweise der kapitalistischen Marktwirtschaft (Globalisierung, Dienstleistungsökonomie, Primat der Finanzwirtschaft, langsames Wirtschaftswachstum in den reichen Ländern) machen es der Sozialdemokratie schwer, ihr Kernversprechen von sozialer Gerechtigkeit einzulösen. Mit der Politik von gestern – Sozialstaat, Arbeitnehmerrechte, Vollbeschäftigung – gelang es meist nicht mehr, fortschreitender sozialer Polarisierung und wirtschaftlicher Ausgrenzung Einhalt zu gebieten. Als Sozialdemokraten sich endlich dazu durchringen, den neuen Realitäten programmatisch Rechnung zu tragen, geriet dies eher zu einer Aufweichung eigener Grundwerte und zur Akzeptanz von mehr Ungleichheit. Besonders in Deutschland und Großbritannien verlagerte sich der Akzent auf Chancengleichheit, von der man aber in der Realität weit entfernt blieb.

Jetzt, wo mutige Schritte zu einer umfassenden Neugestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft vonnöten wären, ist die Sozialdemokratie gelähmt durch ihren neuen Pragmatismus, der in den Augen vieler Wähler für alles und nichts steht. Sie hat Angst, in die ideologische Ecke zurückgestoßen zu werden, aus der sie sich mit so viel Mühe herausgearbeitet hat. Ihr fehlt derzeit die konzeptionelle Kraft, die Zukunft des Kapitalismus zu gestalten. Statt den neuen Entwicklungen eine Richtung zu weisen, läuft sie ihnen hinterher.

Kern des sozialdemokratischen Anliegens war immer eine Gesellschaft, die alle BürgerInnen an den Früchten des produktiven Fortschritts teilhaben lässt. In einem umfassenderen Sinn ging es ihr darum, die Wirtschaft in den Dienst des Menschen und seiner Entfaltungsmöglichkeiten zu stellen. Die Verwirklichung dieser Vision einer zutiefst »humanen« Gesellschaft war die Essenz sozialdemokratischen Fortschritts.

Dieser Fortschritt ist ins Stocken geraten und in weiten Teilen des wohlhabenden Europas sogar in Rückschritt übergegangen, ohne dass Sozialdemokraten in der Lage gewesen wären, viel dagegen zu tun.

In einigen Ländern (Skandinavien) gelang es, den erreichten Fortschritt trotz Globalisierung zu bewahren. In anderen Ländern jedoch wurde die Sozialdemokratie zu einer Kraft des »geordneten Rückzugs« aus Positionen, die als nicht mehr haltbar erschienen. Dies lässt sich politisch schwer verkaufen, sowohl bei den direkt Betroffenen, denen man zumutet, sich mit weniger zu bescheiden, während das Land insgesamt immer wohlhabender wird, als auch bei denen, die einmal an die große sozialdemokratische Gerechtigkeitserzählung glaubten.

Die Veränderungen seit dem Ende des klassischen Wohlfahrtskapitalismus haben die politischen Gewichte eindeutig zu Ungunsten der Sozialdemokratie verschoben. Aber auch die soziale Demokratie als Gesellschaftsform hat Schaden gelitten. Ihre Pfeiler waren

- die Verhandlungsmacht der Arbeitnehmer gegenüber den Arbeitgebern,
- der Wohlfahrtsstaat mit seinem Risikoschutz und seiner Unterstützung für Einkommensschwache,
- öffentliche Güter und Dienstleistungen.

Beginnend in den 80er Jahren wurde der Arbeitsmarktpfeiler sukzessive schwächer, was sich einerseits in Arbeitslosigkeit und andererseits in schlecht bezahlter prekärer Arbeit niederschlug. Dadurch wurden die beiden anderen Pfeiler ebenfalls in Mitleidenschaft gezogen.

Bestimmte sozialstaatliche Arrangements eigneten sich nicht mehr für die Aufrechterhaltung einer sozial inklusiven Gesellschaft. Diese Arrangements, kennzeichnend für Deutschland, Frankreich und Italien, entwickelten eine Art »sozial exklusiven Korporatismus«, dessen traditionell der Sozialdemokratie verbundene »Insi-

der« die notwendigen Anpassungen (etwa nach skandinavischem Muster) blockieren. Wo der Arbeitsmarktpfeiler (bislang) stabil blieb, wie in Österreich, oder wo er innerhalb der korporatistischen Strukturen neu gestärkt werden konnte, wie in den Niederlanden, erwiesen sich die gleichen Arrangements indes als weniger anfällig für sozialen Rückschritt. Aber auch da musste die Sozialdemokratie herbe Verluste verzeichnen.

Sozio-kulturelle Entfremdung

Dies deutet auf eine zusätzliche Dimension des sozialdemokratischen Debakels in Europa. Es geht nicht nur um Lebensstandard, sondern auch um Lebensperspektiven, Lebensformen, Gemeinschaft und Identität. Für viele Menschen hat sich der gesellschaftliche Rahmen, in dem ihr Leben und das ihrer Kinder stattfindet, zum Schlechteren verändert. Sie empfinden die Welt um sie herum nicht mehr als die ihre. Die viel beschworenen Chancen nehmen sie als Teil einer neuen sozialen Auslese wahr, für die sie selbst schlechte Karten haben. Sie sehen sich sozio-kulturell an den Rand gedrängt.

Diese Menschen, die oft aus traditionell sozialdemokratischem Milieu kommen, fühlen, dass die Sozialdemokratie den neuen Entwicklungen genauso hilflos gegenüber steht wie sie selber, wenn sie nicht gar zu ihren treibenden Kräften gehört. Sie sind empfänglich geworden für politische Botschaften, die ihre Unbehaglichkeiten und Ängste offen ansprechen und dafür Schuldige präsentieren.

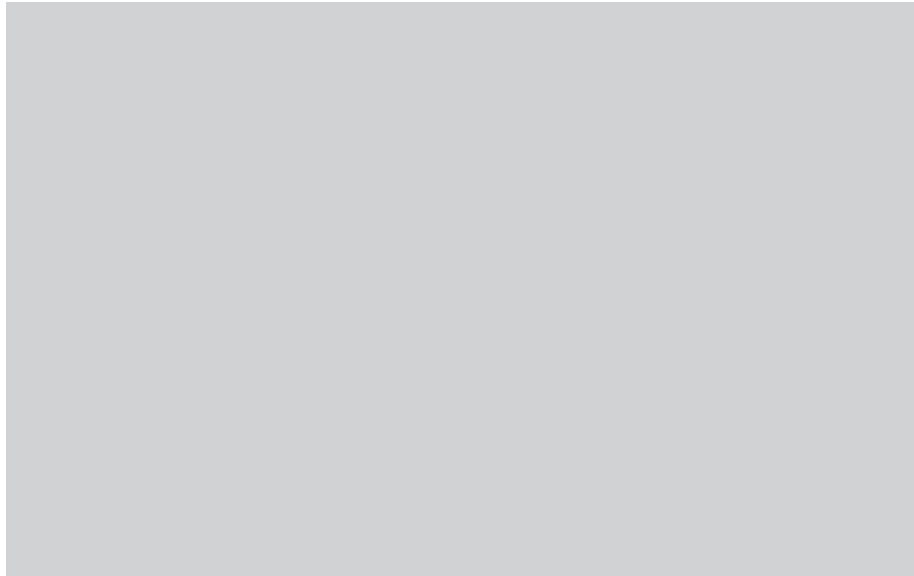
Umfassende Erneuerungsprojekte erforderlich

Im Interesse sozialer Demokratie sind beträchtliche Korrekturen notwendig an der Art und Weise, wie die meisten westeuropäischen Gesellschaften in den letzten Jahr-

zehnten funktionierten. Und die Parameter des demokratischen Wettbewerbs legen der politischen Sozialdemokratie nahe, sich zu deren Vorreiter zu machen. Die europäischen Sozialdemokraten sollten davon abgehen, einen ängstlichen »Realismus« zu pflegen, der soziale Polarisierung stillschweigend als unvermeidbar ansieht, der Ungewohntes für utopisch hält und der es primär darauf anlegt, die Mitte-Rechts-Kräfte an pragmatischer Regierungskompetenz zu überbieten. Dies führt allenfalls dann zum Erfolg, wenn der politische Gegner schwere Fehler begeht oder nach langer Regierungszeit selbst eine Phase der Erneuerung braucht (Schröder nach der Stagnationsphase der letzten Kohl-Regierung oder Blair nach zwölf Jahren Tory-Herrschaft).

Die Sozialdemokratie hat nicht die oft beschworene Wahl zwischen einer »linken« Politik, die für steuerfinanzierten sozialen Ausgleich, umfassende Arbeitnehmerrechte und Staatsinterventionen steht, und einer »Reformpolitik«, die mehr Markt zulässt und mehr »Eigenverantwortung« einfordert. Wenn sie ihren politischen Niedergang umkehren will, muss sie mit einem umfassenden Erneuerungsprojekt hervortreten, das für eine heterogene Bevölkerungsmehrheit attraktiv ist. Ein derartiges Projekt muss darauf abzielen, die Produktivkraft des Kapitalismus (wieder) verstärkt in den Dienst der Menschen – aller Mitglieder der Gesellschaft – und ihrer freien Lebensgestaltung zu stellen.

Die Sozialdemokratie ist in Auseinandersetzung mit der kapitalistischen Wirtschaftsweise entstanden. Diese definiert weiterhin den gegebenen Bezugsrahmen für das Bemühen um soziale Demokratie. Die Herausforderung liegt im Verhältnis zwischen kapitalistischer Marktwirtschaft und anderen Formen, menschliches Zusammenleben zu organisieren. Die kapitalistische Wirtschaft hat ihre Prioritäten in einem derartigen Ausmaß durchgesetzt, dass andere menschliche Belange notlei-



dend geworden sind. Die Aufgabe ist, den Werten einer »humanen« Gesellschaft, der sozialen Gerechtigkeit und der »Lebenssphäre« außerhalb des Marktes, verstärkt Geltung zu verschaffen. Dazu braucht die kapitalistische Wirtschaft einen neuen Regulierungsrahmen. Diesen zu entwickeln und für ihn öffentlich einzustehen, muss der Kern eines sozialdemokratischen Erneuerungsprojektes sein.

Die Architektur des Erneuerungsprojektes

Mehr soziale Demokratie in Europa, das heißt in erster Linie weniger soziale Polarisierung. Es heißt darüber hinaus mehr Entfaltungsraum für die menschlichen Belange, die nicht über den Markt artikuliert werden. Es heißt auch mehr Raum für die demokratische Mitwirkung der BürgerInnen an der Gestaltung ihrer gemeinsamen Lebensbedingungen.

Hierfür bedarf es institutioneller Vorkehrungen, die die gesellschaftlichen Kräfte, insbesondere jene, die die kapitalistische

Marktwirtschaft antreiben, auf die richtige »Spur« bringen. Es geht um Regeln, um Anreize und um Befähigung. Für das sozialdemokratische Kernanliegen der sozialen Inklusion bedarf es einer Marktdynamik, die weniger Ausgrenzung hervorbringt und eine breite Teilhabe am wachsenden Wohlstand begünstigt. Entscheidend ist dabei der Arbeitsmarkt als Hauptmechanismus für die Umsetzung von Produktivitätszuwächsen in höhere Masseneinkommen (und damit in entsprechende Investitionsanreize).

Ein anderer wichtiger Mechanismus, um öffentliche Güter und Einkommenshilfen für sozial Schwache zu finanzieren sind Steuern. Die Sozialdemokratie sollte freilich nicht darauf abzielen, Wohlstand für alle in erster Linie durch Subventionierung der Einkommensschwachen zu erreichen. Sie sollte die polarisierenden Tendenzen des Arbeitsmarktes, wie wir sie heute in vielen europäischen Ländern (bezeichnenderweise nicht in Skandinavien) vorfinden, nicht als unabänderlichen Bestandteil des »post-industriellen« globalisierten Kapitalismus akzeptieren, sondern

darauf dringen, dass Arbeitskraft wieder knapp und verhandlungsstark wird. Hierfür ist gute Ausbildung ebenso unabdingbar wie ein hoher gewerkschaftlicher Organisationsgrad.

Begrenzende Regeln und Richtungweisende Anreize markieren auch den Weg zu einem besseren Gleichgewicht zwischen kapitalistischer Produktion einerseits und der nicht markttauglichen »Lebenssphäre« andererseits. Dies betrifft Familie und Kinder, aber auch Lebensqualität und Lebensgenuss. Eine weiter reichende Emanzipation der »Lebenssphäre« von den Diktaten des Marktes sollte ebenfalls Teil eines sozialdemokratischen Erneuerungsprojektes sein, da sie wesentlich für die Idee einer »humanen« Gesellschaft ist. Nicht zuletzt ist sie Voraussetzung für nachhaltige Geschlechter-Gerechtigkeit.

Wirksame Regeln erfordern Durchsetzungsmacht, die wir gemeinhin dem souveränen Nationalstaat zuschreiben. Aber dieser verliert mehr und mehr von seiner Souveränität. Schon deswegen muss ein so-

zialdemokratisches Erneuerungsprojekt über nationalstaatliche Grenzen hinausgreifen und sich mit der Entwicklung angemessener Institutionen supranationalen (zunächst einmal europäischen) Regierens befassen. Es wird zunehmend schwieriger, soziale Demokratie allein auf nationalstaatlicher Ebene aufrechtzuerhalten.

Sozialdemokratische Regierungen sind auch mit anderen Herausforderungen konfrontiert als der Festigung sozialer Demokratie. Deshalb gehört zu einer künftigen »Erfolgsformel« europäischer Sozialdemokratie nicht nur das Projekt sozialdemokratischer Erneuerung. Dieses muss eingebettet sein in ein umfassenderes politisches Programm, das auf alle drängenden Probleme unserer Zeit eingeht, u.a. die begrenzte Belastbarkeit der natürlichen Umwelt, das veränderte Reproduktionsverhalten und die zunehmende Lebensdauer. Wer im demokratischen Wettbewerb Erfolg haben will, muss in allen Fragen, die das Wohl der Menschen betreffen, Kompetenz aufweisen.

Karsten Rudolph

Nach der Neuen Mitte

Karsten Rudolph

(* 1962) ist Privatdozent für Neuere und Neueste Geschichte an der Ruhr-Universität Bochum und Abgeordneter im Landtag von Nordrhein-Westfalen.

karsten.rudolph@landtag.nrw.de



Der britische Politikwissenschaftler Colin Crouch hat in seinem 2004 erschienenen Essay über die »Postdemokratie« an eine nicht geringe, ja historische Leistung der politischen Linken erinnert. Sie habe im 20. Jahrhundert »auf der ganzen Welt – zum Teil friedlich und Schritt für Schritt, zum

Teil aber auch im Angesicht von Gewalt und Repression – dafür gekämpft, den normalen Menschen auf der politischen Bühne Gehör zu verschaffen.« Die Wahlergebnisse in Großbritannien und in Deutschland, aber auch in anderen Ländern, zeigen, dass dies den sozialdemokratischen Parteien in Europa zu Beginn dieses Jahrhunderts immer weniger gelingt. Denn immer mehr »normale Menschen« haben sich von der gemäßigten Linken abgewendet, weil sie glauben, diese verschaffe ihnen auf der politischen Bühne kein angemessenes Gehör mehr.

Der Dritte Weg zwischen Neo-Liberalismus und traditionellem Etatismus, den